



Prof. Lothar Erik Siebler
Oeconomia

Corona und die Bekämpfung der Pandemie – Wirtschaftlicher Schock und weitere Auswirkungen

09.10.2020

Corona und die Bekämpfung der Pandemie – Wirtschaftlicher Schock und weitere Auswirkungen

Inhaltsverzeichnis

1 Entwicklung der COVID-19-Pandemie	1
2 Bekämpfung der Pandemie als Nachfrageschock	2
3 Kennzahlen wirtschaftlicher Folgen.....	4
3 Fazit.....	5
Literaturverzeichnis.....	6

1 Entwicklung der COVID-19-Pandemie

Der Ausbruch von COVID-19 (zuvor 2019-nCoV) wurde durch das SARS-CoV-2-Virus verursacht. Allgemein ist auch von Corona die Rede. Der Ausbruch der Pandemie ist auf Dezember 2019 in der Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei zu datieren. COVID-19 breitete sich in der Folge auf der ganzen Welt aus. Ursprünglich war China das Epizentrum des Ausbruchs, wobei Fälle entweder in China oder von Reisenden aus China gemeldet wurden. Spätestens mit dem so genannten „Webasto-Cluster“ hat die Pandemie am 29.01.2020 auch Deutschland erreicht. Aufgrund des erheblichen Gesundheitsrisikos, das COVID-19 für die Welt darstellt, hat die Weltgesundheitsorganisation bereits Ende Januar den internationalen gesundheitspolitischen Notstand ausgerufen, um die internationalen Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie koordinieren zu können (vgl. Spiegel Online, 2020).

Es gibt viele Kanäle, über die eine Pandemie wie COVID-19 die Wirtschaft beeinflusst. Die direkten und indirekten wirtschaftlichen Kosten von Krankheiten sind häufiger Gegenstand der gesundheitsökonomischen Forschung. Der konventionelle Ansatz verwendet Informationen über Todesfälle (Mortalität) und arbeitsunfähige Menschen (Morbidität), um den Verlust an zukünftigem Einkommen aufgrund von Tod und Krankheit abzuschätzen. Zeit- und Einkommensverluste durch pflegende Angehörige und direkte Ausgaben für medizinische Versorgung und unterstützende Dienstleistungen werden addiert, um die Schätzung der mit der Krankheit verbundenen wirtschaftlichen Kosten zu spezifizieren. Dieser konventionelle Ansatz unterschätzt die wahren wirtschaftlichen Kosten von Infektionskrankheiten mit epidemischem Ausmaß, die hochgradig ansteckend sind und gegen die (noch) kein Impfstoff verfügbar ist. Daher sind bei den weltweit von den Regierungen gegen die Ausbreitung des Virus getroffenen Maßnahmen vor allem durch Erfahrungen mit anderen Pandemien geleitet. So wird immer wieder auf die Spanische Grippe zwischen 1918 und 1919 verwiesen, die als tödlichste Pandemie der Neuzeit gilt (vgl. Barry, 2004).

Wie bei der Spanischen Grippe, war auch bei der Bekämpfung SARS-Pandemie in den Jahren 2002 und 2003 der Angstfaktor ein leitendes Motiv (vgl. Shannon/ Willoughby, 2004, S. 360). Die Angst vor einem unbekanntem tödlichen Virus ähnelt in ihren psychologischen Auswirkungen der Reaktion auf biologische und andere terroristische Bedrohungen und verursacht ein hohes Maß an Stress, oft mit längerfristigen Folgen (vgl. Hyams/ Murphy, 2002, S. 274).

Bei der COVID-19-Pandemie ist dies ebenfalls zu beobachten. So wurde das öffentliche Leben in den meisten Staaten der Welt weitreichend beschränkt. In Deutschland wurde am 17. März eine weltweite Reisewarnung des Auswärtigen Amtes ausgegeben und mit Wirkung vom 22. März traten umfangreiche Kontaktbeschränkungen in Kraft, die unter anderem auch eine weitgehende Einstellung des Einzelhandels und anderer Geschäftstätigkeiten umfassten (vgl. Bundesregierung, 2020a). Dadurch und durch die Beschränkungen in anderen, mit Deutschland durch Handelsbeziehungen verbundenen Volkswirtschaften kam es zu einer exogenen Schockwirkung auf die Wirtschaft in Deutschland.

2 Bekämpfung der Pandemie als Nachfrageschock

Bei einem Schock handelt es sich um die Abweichung von einem normalen, erwarteten Trend, die unvorhergesehen oder exogen ist. Aus diesem Grund ist eine Kontrolle nur bedingt möglich und es ergeben sich erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Zur Bewältigung der Auswirkungen eines Schocks sind dann in der Regel staatliche Maßnahmen erforderlich (vgl. Görgens/ Ruckriegel, 2007, S. 154).

Es stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, welche Schocks als rein exogen angesehen werden können und welche signifikanten Auswirkungen sich dadurch ergeben. Zu unterscheiden ist zunächst, dass Schocks sehr plötzlich und ausgeprägt auftreten können, wie dies etwa bei Naturkatastrophen der Fall ist. Ebenso sind aber Schocks möglich, die sich erst langsam entfalten, wie es beispielsweise bei Dürren auftritt (vgl. Görgens/ Ruckriegel, 2007, S. 155).

Schocks der erstgenannten Art sind leicht zu identifizieren, da sie eine zeitlich begrenzte Dauer haben und sich ihre Auswirkungen mehrheitlich unmittelbar zeigen. Sofern sich Schocks aber langsam entfalten, werden diese häufig erst anhand ihrer Auswirkungen identifizierbar, deren Umfang sich schwer abschätzen lässt. Zu unterscheiden sind aus makroökonomischer Perspektive Angebots- und Nachfrageschocks. Bei einem Angebotsschock handelt es sich allgemein um die plötzliche und signifikante Verschlechterung des auf einem Markt aggregierten Angebotes, die das strukturelle Gleichgewicht der Wirtschaft stört und zu höheren Preisen und Arbeitslosigkeit führt (vgl. Mankiw, 2003, S. 356).

Ein negativer Angebotsschock kann durch einen plötzlichen Rückgang des Rohstoffangebots und/oder einen Anstieg der Inputpreise verursacht werden, z.B. durch einen signifikanten An-

stieg der Ölpreise, der zu einem Rückgang der Produktion, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einem Anstieg der Inflation führt (vgl. Mankiw, 2003, S. 353).

Für den Staat ergibt sich dabei die Herausforderung, entweder eine langfristige Wiederherstellung des Gleichgewichts abzuwarten oder mittels fiskalischer oder monetärer Maßnahmen dafür zu sorgen, dass diese Wiederherstellung beschleunigt stattfindet. Im Falle der durch die Beschränkung des öffentlichen Lebens und der Wirtschaftstätigkeit zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie hat sich die Bundesregierung für letzteres entschieden. Um eine Kompensation der fehlenden Nachfrage und damit des Rückgangs der Menge abgesetzter Güter und Dienstleistungen zu erreichen, wurden von der Bundesregierung verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen. Zur Vermeidung eines schockbedingten Verlustes von Arbeitsplätzen wurden die Rahmendbedingungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld mit einer Befristung bis Ende 2020 optimiert. Insbesondere wurde der Zugang erleichtert und die Voraussetzungen verbessert. Dies gilt auch für den Zugang zu den Leistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II, der vor allem für diejenigen relevant ist, die wie etwa Selbstständige nicht in die Arbeitslosenversicherung einzahlen (vgl. Bundesregierung, 2020b, S. 14).

Zur Stärkung der Liquidität von Unternehmen wurden Veränderungen bei der Steuerzahlung und bei der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen vorgenommen. So ist es für Unternehmen beispielsweise möglich, die Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen zu stunden (vgl. Bundesregierung, 2020b, S. 14). Auch wurden der Zugang für Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten zu Krediten der KfW verbessert und die Bürgschaftsgrenzen erhöht (vgl. Bundesregierung, 2020b, S. 14-15).

Kleinstunternehmen und Soloselbstständige erhalten im Unterschied dazu eine direkte monetäre Förderung. Eine Förderung von bis zu 15 000 Euro sind möglich, damit diese Unternehmen ihre laufenden Kosten decken können (vgl. Bundesregierung, 2020b, S. 15). Damit große Unternehmen und kleinere Unternehmen mit Systemrelevanz gegebenenfalls vor der Insolvenz bewahrt werden können, wurde zudem ein Wirtschaftsstabilisierungsfond initiiert. Dieser stellt einen Garantierahmen von 400 Mrd. Euro bereit, der Unternehmen eine Refinanzierung am Kapitalmarkt erlauben soll. Zudem sollen durch den Fonds Rekapitalisierungsmaßnahmen im Umfang von 100 Mrd. Euro ermöglicht werden (vgl. Bundesregierung, 2020b, S. 15).

Da die von der Bundesregierung getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor allem die Bewältigung der Auswirkungen des durch die (staatliche) Bekämpfung der COVID-19-Pandemie hervorgerufenen Nachfrageschocks betreffen, erscheint in wirtschaftstheoretischer Hinsicht der Keynesianismus bei diesen Maßnahmen das leitende Modell zu sein. Im keynesianischen Verständnis der Wirtschaftspolitik wird dieser eine antizyklische Rolle zugeschrieben. Wenn es also zu negativen Veränderungen bei der Nachfrage kommt, weil beispielsweise im Rahmen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie Unternehmen ihr Geschäftsmodell nicht mehr realisieren dürfen, dann ist ein staatlicher Ausgleich dieses Defizits geboten (vgl. Mankiw, 2003, S. 572). Die geschilderten Maßnahmen ermöglichen diesen vor allem auf indirektem Wege, da sie beispielsweise sicherstellen, dass Beschäftigte auch bei der Einstellung der Betriebstätigkeit ihres Arbeitgebers ihr Gehalt zumindest in maßgeblicher Höhe weiter erhalten oder dass Unternehmen ihre Betriebskosten trotz weggefallener Einnahmen weiterhin decken können. Inwieweit sich die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und vor allem der zu ihrer Bekämpfung getroffenen Maßnahmen nachweisen lassen, kann anhand fünf wesentlicher Kennzahlen deutlich gemacht werden.

3 Kennzahlen wirtschaftlicher Folgen

Eine erste wichtige Kennzahl sind die Exporte. Bedingt durch die Beschränkungen des Handels und der Reisetätigkeiten ist hier ein Rückgang von mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Jahr 2019 zu verzeichnen. Damit ist der Rückgang fast doppelt so hoch, als dies zu Beginn der Krise prognostiziert worden ist. Auch bei den Importen ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Dieser liegt bei mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Besonders deutlich zeigte sich der Exportrückgang gegenüber anderen europäischen Ländern und den USA. So gingen beispielsweise die Exporte von Deutschland nach China um fast 50 Prozent zurück. Bei Italien und den USA ist ein Rückgang um rund 30 Prozent zu verzeichnen (vgl. Statista, 2020a).

Als zweite Kennzahl gibt der Anteil von Kurzarbeitern Auskunft über die wirtschaftliche Situation in Deutschland im Kontext der COVID-19-Pandemie und ihrer Bekämpfung. Die Zahl der Kurzarbeiter lag zuletzt bei rund 7,3 Millionen (vgl. ifo, 2020). Die Belastung des Arbeitsmarktes wird auch durch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verdeutlicht. Bei dieser dritten Kennzahl ist seit zehn Jahren erstmals wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Dieser liegt bei 0,5 Prozent. Darüber hinaus werden zwar die Kurzarbeiter nicht als Arbeitslose gezählt, aber auch bei der Arbeitslosenquote gab es einen Anstieg auf 6,1 Prozent.

Dies zeigt auch an, dass es in diesem Jahr nicht zu der sonst üblichen Frühjahrsbelebung des Arbeitsmarktes gekommen ist (vgl. Statistisches Bundesamt, 2020).

Da für Unternehmen wie erläutert durch die Bundesregierung umfangreiche Kredite der KfW zugesagt worden sind, gibt die Nutzung dieser Kredite ebenfalls Auskunft über die wirtschaftliche Situation in Deutschland im Rahmen der COVID-19-Pandemie und ihrer Bekämpfung. Insgesamt stehen hier 100 Mrd. Euro zur Verfügung. Insgesamt wurden seit Ende März mehr als 83 000 Anträge für diese Kredite durch die KfW bewilligt. Dies entspricht einem finanziellen Volumen von rund 54 Mrd. Euro (vgl. KfW, 2020). Schließlich ist auch das Bruttoinlandsprodukt eine wichtige Kennzahl. Der anfängliche Rückgang im ersten Quartal um 2,2 Prozent ist mittlerweile Schätzungen zufolge für das Gesamtjahr 2020 auf mehr als 6 Prozent angewachsen (Statista, 2020b).

3 Fazit

Die Beschäftigung mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie hat gezeigt, dass die damit verbundene Schockwirkung für die deutsche Wirtschaft nicht allein auf die Pandemie an sich zurückzuführen ist, sondern auch die von der deutschen Bundesregierung und den Regierungen anderer Staaten ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie dazu beigetragen haben, dass es zu einem massiven Rückgang der Nachfrage kam. Die zwangsweise Schließung von Ladengeschäften, die Einstellung von Dienstleistungen sowie weitere Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Verbreitung von COVID-19 haben für die betroffenen Unternehmen zu einem Nachfrageausfall geführt. Mittels der erläuterten wirtschaftspolitischen Maßnahmen hat die Bundesregierung versucht, diesen Nachfrageausfall zumindest teilweise zu kompensieren. Dabei handelt es sich aus Sicht der Wirtschaftstheorie um einen keynesianischen Ansatz, bei dem vor allem kurzfristige Wirkungen beabsichtigt sind. Diese Maßnahmen konnten nicht verhindern, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands im Jahr 2020 deutlich zurückgegangen ist. Inwieweit sich die wirtschaftliche Lage noch verschlechtern wird, weil beispielsweise wieder strengere Begrenzungen des öffentlichen Lebens erlassen werden müssen, ist aktuell noch nicht abzusehen. Sollte dies aber der Fall sein, wird es zur Stabilisierung der Wirtschaft auch wieder notwendig sein, die Nachfrage zu stützen.

Literaturverzeichnis

Barry, J. (2004): The Great Influenza. The Epic Story of the Deadliest Plague in History New York: Penguin Books.

Bundesregierung (2020a): Erweiterung der beschlossenen Leitlinien zur Beschränkung sozialer Kontakte. Online im Internet: <https://www.bundesregierung.de/bregde/themen/coronavirus/besprechung-der-bundeskanzlerin-mit-den-regierungschefinnen-und-regierungschefs-der-laender-1733248>, abgerufen am 08.10.2020.

Bundesregierung (2020b): Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und zur Bewältigung ihrer Folgen, Online im Internet: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1747726/0bbb9147be95465e9e845e9418634b93/2020-04-27-zwbilanz-corona-data.pdf?download=1>, abgerufen am 08.10.2020.

Görgens, E., Ruckriegel, K. (2007): Makroökonomik. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Hyams, K., Murphy, F. (Responding, 2002): Responding to Chemical, Biological, or Nuclear Terrorism: The Indirect and Long-Term Health Effects May Present the Greatest Challenge. *Journal of Health Politics, Policy and Law* 27(2), S. 273-291.

ifo (2020): Im Mai waren 7,3 Millionen Beschäftigte in Kurzarbeit, online im Internet: <https://www.ifo.de/node/55800>, abgerufen am 08.10.2020.

KfW (2020): Informationen für Medienvertreter und Multiplikatoren: KfW-Corona-Hilfe, Online im Internet: <https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/KfW-Corona-Hilfe-2.html>, abgerufen am 08.10.2020.

Mankiw, G. (2003): Makroökonomik. Stuttgart: Schaeffer-Poeschel.

Shannon, G., Willoughby, J. (2004): Severe Acute Respiratory Syndrome (SARS) in Asia: A Medical Geographic Perspective. *Eurasian Geography and Economics* 45(5), S. 359-381.

Spiegel Online (2020): WHO ruft internationalen Gesundheitsnotstand aus, Online im Internet: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/who-ruft-internationalen-gesundheitsnotstand-wegen-coronavirus-aus-a-16505dcd-2af6-4edb-a042-4e4e7d70e384>, abgerufen am 08.10.2020.

Statista (2020a): Außenhandel durch Corona-Pandemie stark rückläufig, Online im Internet: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_206_51.html, abgerufen am 08.10.2020.

Statista (2020b): Corona Krise: Aktuelle Prognosen führender Organisationen und Wirtschaftsinstitute zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in ausgewählten Ländern im Jahr 2020, Online im Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1108351/umfrage/aktuelle-prognosen-zur-entwicklung-des-bip-weltweit/>, abgerufen am 08.10.2020.

Statistisches Bundesamt (2020): Auswirkungen der Corona-Pandemie: Saisonbereinigte Erwerbstätigenzahl nimmt um 0,6 % gegenüber März 2020 ab, Online im Internet: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/06/PD20_196_132.html, abgerufen am 08.10.2020.